

Fluchtursache Krieg Referat vor dem Kreisvorstand DKP Köln

Gegenwärtig füllen Flüchtlinge die Nachrichten, Züge und Bahnhöfe sowie die Aufnahmeeinrichtungen. Obwohl von der Hilfsbereitschaft der Bevölkerung die öffentliche Rede ist, kommen doch auch solche Metaphern wie Flüchtlingsströme oder Vokabeln wie Überforderung vor. Es versteckt sich auch schon mal die Abwehr hinter der Forderung, dass andere EU-Länder in gleicher Weise Flüchtlinge aufnehmen sollen.

Die Flüchtlinge kommen aus Not.

Woher kommen sie? Gegenwärtig sind es vor allem solche aus Syrien, die über den Balkan einreisen. 18 000 am vergangenen Wochenende. Es kommen Flüchtlinge aus Afghanistan. Von den afrikanischen Flüchtlingen, hier sind es vor allem Eritreer, wagen viele die Überfahrt übers Mittelmeer und nicht alle überleben.

Was treibt sie aus der Heimat? Als erstes sind das Kriege. Vielleicht auch der Hunger. Aber diejenigen, die schon hungern, bewältigen eine in der Regel geld- und kraftaufwendige wochenlange Flucht nicht mehr. Die Bundesrepublik, überhaupt Europa, nimmt viele auf, aber es ist durchaus nicht die größte Menge. Vom Krieg in Syrien sind sehr viel stärker Jordanien, der Libanon und die Türkei betroffen. Die Flüchtlingsfolgen des Ukrainekriegs treffen vor allem Russland und die Ukraine selbst.

Mir geht es um die Fluchtursachen, vor allem um solche, die aus Kriegen resultieren. Die gegenwärtigen Rekordzahlen von Flüchtlingen, weltweit sind es 52 Millionen Menschen, sind Ergebnis imperialistischer Aggression im Nahen Osten sowie gegenüber Russland und der Ostukraine. Aber da befindet sich der Krieg noch in der Vorbereitungsphase.

Karin Leukefeld berichtet Anfang August in der „jungen Welt“, dass bislang das US-Militär eine direkte Konfrontation mit den syrischen Truppen vermieden habe. Umgekehrt schossen diese nicht auf Kampfflugzeuge der von Washington geführten Allianz, die IS-Stellungen bombardierten. Noch Anfang Mai warnte US-Verteidigungsminister Ashton Carter im Senat, dass eine „Schutzzone“ einen „vollen Kampfeinsatz“ der US-Streitkräfte erfordere. Voraussetzung dafür sei, dass die US-Luftwaffe Zugang zur türkischen Militärbasis Incirlik bei Adana bekomme. Den habe Ankara nun gewährt, schreibt Karin Leukefeld. Der Fernsehsender CNN berichtete in der Nacht zum 3. August, dass US-Präsident Barack Obama die Luftwaffe angewiesen habe, die von einer sogenannten Schutzzone im Norden Syriens aus operierenden „gemäßigten Rebellen“ auch gegen mögliche Angriffe der syrischen Armee zu verteidigen. Es handelt sich nach Angaben des KstA vom 4. August um mehr als 50 von den USA ausgebildete und ausgerüstete Rebellen. Noch vor Bekanntgabe des US-Luftangriffs hatte der Sprecher von US-Präsident Barack Obama, Josh Earnest, am Montag Assad ausdrücklich davor gewarnt, diesen Einheiten in die Quere zu kommen. Die USA seien zu zusätzlichen Schritten bereit, um die verbündeten Rebellen zu unterstützen, sagte Earnest.

Russland kritisierte die Aktionen. Ein solches Vorgehen schwäche die Möglichkeiten der Regierung in Damaskus, die Banden des „Islamischen Staates“ (IS) zu bekämpfen, und führe zu einer weiteren Destabilisierung des Landes.

Gestern (7. September) hat Frankreichs Präsident Hollande Luftschläge gegen Stellungen des IS in Syrien angekündigt. Auf Bodentruppen werde noch verzichtet.

Die türkische Armee nutzt den vorgeblichen Kampf gegen den IS als Vorwand für militärische Aktionen gegen PKK-Stellungen im Nordirak und im Norden Syriens.

Die militärischen Aktionen der Türkei, den USA und Frankreichs sind als offenkundige und selbstverständlich völkerrechtswidrige Aggressionen gegen Syrien zu werten. Sie treffen vor allem die Zivilbevölkerung des Landes, die immer mehr ihre Sicherheit außerhalb des Landes suchen muss.

Jordanien hat seit dem Beginn des Kriegs in Syrien im Jahr 2011 schon eine Dreiviertelmillion syrischer Flüchtlinge aufgenommen. Insgesamt schätzt das UNHCR, das Flüchtlingshilfswerk der

Vereinten Nationen, die Zahl der Syrer in den Nachbarländern Jordanien und Türkei auf bis zu vier Millionen. Der Libanon, ein Land mit 4 Millionen Einwohnern, hat im vergangenen Jahr 1,5 Mio Flüchtlinge aus Syrien aufnehmen müssen. Viele wollen dort nicht bleiben. Nur im Falle des Friedens können sie wieder zurück. Im anderen Fall, dem des weiter andauernden und womöglich eskalierenden Krieges, werden viele weiterziehen.

Den Krieg in der Ukraine nennt die Kiewer Regierung Anti-Terror-Operation. Er hält an, auch wenn er aus den Schlagzeilen verschwunden ist. Der Waffenstillstand, der im Februar in Minsk vereinbart worden ist, wird ständig gebrochen. Unterdessen fliehen die Menschen aus dem Kriegsgebiet. 1,1 Millionen sind nach Angaben des UNHCR vom 11. August in Nachbarländer geflohen, die meisten davon, 900 000, nach Russland. Darüberhinaus gibt es 1,4 Mio Binnenflüchtlinge. Im August des vergangenen Jahres waren es noch 117 000.

Zum Vergleich die letztjährigen Zahlen von Asylsuchenden in der EU: von 626 000 fielen 200 000 auf Deutschland, 80 000 auf Schweden, je 65 000 auf Italien und Frankreich, 43 000 auf Ungarn.

Ein gern erörterter Vorbehalt gegenüber Flüchtlingen aus dem sogenannten Westbalkan bezieht sich auf den Umstand, dass wir es hier mit sogenannten Wirtschaftsflüchtlingen zu tun hätten.

Sonntagnacht (6. September) beschloss der sogenannte Koalitionsausschuss der Großen Koalition, den Kosovo, Albanien sowie Montenegro zu sicheren Herkunftsländern zu erklären, um die Asylsuchenden umstandslos zurückführen zu können. Stattdessen sollen Ländern des sogenannten Westbalkans (zu den eben genannten zählen dazu: Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina) Möglichkeiten zur legalen Migration eröffnet werden. Wir erinnern uns an die Zerlegung Jugoslawiens, die führend von der Bundesrepublik betrieben wurde, an den Krieg der NATO gegen Jugoslawien von 1999, der uns mit Lügen verkauft wurde, und daran, dass nach diesem Jahrzehnt die ehemals jugoslawischen Republiken nur noch über einen Bruchteil ihrer industriellen Basis und vormaligen Wirtschaftskraft verfügten. Ein Beispiel ist die Zerstörung des Autowerks Zastava in Kragujevac am 9. April 1999.

In diesem Jahre, so die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung (FAS) vorgestern, wird ein Kostenbedarf von 10 Mrd Euro für 800 000 Flüchtlinge geschätzt. Diese Kosten sollten den Rüstungskonzernen, Waffenhändlern und anderen Kriegsgewinnlern in Rechnung gestellt werden. Sie profitieren von der Kriegspolitik. Allein von Januar bis Juni 2015 sind Exportgenehmigungen von 6,35 Mrd Euro erteilt, und damit schon der Gesamtwert von 2014 erreicht worden.

Vielleicht hat die FAS etwas übertrieben, aber zufällig kann man die Menge von 800 000 Flüchtlingen, die sie für dieses Jahr erwartet, mit der vergleichen, die jetzt schon allein für die Gebiete von Donezk und Lugansk, die der Kiewer Regierung unterstehen, gilt, nämlich 750 000. Charkiw, mit 1,4 Millionen Einwohnern die zweitgrößte Stadt der Ukraine, etwa 100 km nordwestlich der Front gelegen, hat 185 000 Flüchtlinge zu versorgen, die Stadt Kiew 100 000. Swetlana Gorbunowa-Ruban, stellvertretende Bürgermeisterin von Charkiw, spricht in einem Interview vom 23. Juni 2015, das in der Zeitschrift Wostok (2-3/2015) veröffentlicht ist, von den Schwierigkeiten, die die Stadt zu bewältigen habe. Sie registriert beispielsweise die Schwangeren unter den Flüchtlingsfrauen. Derzeit seien das knapp 2000, 600 hätten ihr Kind bereits zur Welt gebracht. Von der Stadt Nürnberg werde Geld für Kindersachen für diese Kinder überwiesen. 1300 Kinder von Flüchtlingen gehen in Kindergärten und 4000 besuchen Schulen in Charkiw. 27 000 Flüchtlinge benötigen medizinische Hilfe wegen Brandwunden und anderer Verwundungen sowie chronischer Krankheiten.

Die Zeitschrift sagt: „Eine Befriedung ist nicht in Sicht und eine Friedenslösung schon gar nicht.“

Tatsächlich wächst die Gefahr eines Krieges gegen Russland. Die häufiger werdenden Manöver der NATO sind ein Indiz. Tobias Pflüger von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) hat in einem Artikel vom 28. März dazu Angaben vom Blog „Augengeradeaus“ übernommen:

– SUMMER SHIELD (LIVEX) in Lettland, 21. bis 31. März, 950 Teilnehmer, davon etwa 50

Deutsche

- PERSISTENT PRESENCE 15 (ganzjährige Manöverserie mit einer Dauer von jeweils bis zu der Monaten in Polen und im Baltikum mit deutscher Beteiligung): 16. April bis 15. Juli, Litauen, 1 Kompanie Jägerbataillon 292, 15. August bis 15. November, Lettland, 1 Panzergrenadierkompanie, 1. Oktober bis 16. Dezember, Polen, 1 Panzergrenadierkompanie
- 2015 VJTF FUNCTIONS TESTING: div. Kommandostäbe, 7. bis 10. April, Alarmierungsübung für die NATO-Speerspitze, die Interims-Very High Readiness Joint Task Force. Mit dabei SHAPE, Joint Forces Command Naples, das Deutsch-Niederländische Korps in Münster sowie Einheiten aus Tschechien, Deutschland, den Niederlanden und Norwegen.
- FALCON VIKING: Munster, Mai, Verleγεübung für die Interims-VJTF, u.a. mit dem deutschen Gefechtsverband NATO Response Force (NRF), im Kern dem Panzergrenadierbataillon 371 aus Marienberg
- NOBLE JUMP: 9. bis 21. Juni: Verleγεübung (DepEx) von Teilen der Interims-VJTF nach Polen (deutscher Anteil ca. 350 Soldaten). Dabei sollen tausende NATO-Soldaten aus Deutschland und anderen Staaten mit „Gerät und Gefechtsstand“ innerhalb von Tagen nach Zagan in Polen gebracht werden und sich dort für ein Manöver aufbauen.
- SIIL 15 – STEADFAST JAVELIN: 6. bis 12. Mai, Estland, deutsche Beteiligung ca. 80 Soldaten
- SABER STRIKE 2015: Polen, Estland, Lettland, Litauen, 8. bis 20. Juni
- IRON WOLF: 8. bis 20. Juni, Litauen, deutsche Beteiligung ca. 400 Soldaten
- BALTOPS 2015: Ostsee, 6. bis 23. Juni 2015: US-organisiertes Seemanöver, deutsche Beteiligung ca. 500 Soldaten
- SWIFT RESPONSE: 18. August bis 15. September in Deutschland, Italien und Bulgarien,
- SILVER ARROW: Lettland, 21. bis 30. September, deutsche Beteiligung ca. 250 Soldaten
- IRON SWORD 15: Litauen, November, deutsche Beteiligung ca. 150 Soldaten
- COMPACT EAGLE: Polen, 21. bis 27. November 2015: Command Post Exercise/Computer Assisted Exercise (CPX/CAX) unter Führung des Multinationalen Korps Nordost in Stettin. Deutsche Beteiligung aus der Panzergrenadierbrigade 41, mit der 16. polnischen mechanisierten Brigade und der 7. tschechischen mechanisierten Brigade, außerdem Beteiligung von Litauen und Lettland

Besonderes Gewicht hat das Großmanöver TRIDENT JUNCTURE 2015. Die NATO plant ab dem 28. September ihre größte Übung seit „Strong Resolve 2002“. Es wird ein Mehrfrontenkrieg simuliert, in dem auch Drohnen und Cyberangriffe eine Rolle spielen. Der Einsatz der „NATO Response Force“ (NRF) wird in einem multinationalen strategischen, operativen und taktischen Umfeld geprüft. Insgesamt geht es um eine Demonstration der Stärke. Es wird ein Zusammenhang mit den Spannungen zwischen der NATO und Russland nicht ausdrücklich kommuniziert, aber es gibt eine Reihe von Indizien und Äußerungen, die diesen Zusammenhang nahe legen. Die Deutschen sind mit 3000 Mann dabei und nehmen eine Führungsrolle bei der Organisation und und Leitung des Großmanövers wahr. „Wir müssen dazu fähig sein, auf jede Gefahr zu reagieren, ob vom Süden oder Osten. Wir müssen für beides trainieren“, so Bundeswehrgeneral Domröse.

Nathalie Schüler von der IMI schreibt am 19. August, dass die Übung den Alliierten die Gelegenheit bieten soll, die hochmodern ausgerüsteten Land-, Luft-, See- und Spezialkräfte aufzustellen und in einem komplexen, weiträumig verteilten Umfeld zu beüben. „In den vergangenen Jahren hat das Bündnis eher im kleinen Rahmen geübt“, so der Bundeswehr-Generalleutnant Richard Roßmanith. Nun will das Militärbündnis sein Leistungsvermögen in großem Maßstab in einem fiktiven Kriegsszenario unter Beweis stellen: „Mit einer bewusst breiten Darstellung in der Öffentlichkeit soll Trident Juncture 2015 und die NRF16 zum Aushängeschild des Bündnisses nach dem dominierenden ISAF-Engagement der NATO und angesichts neuer globaler Sicherheits Herausforderungen werden“, so heißt es auf der Webseite der Bundeswehr. Trotz fehlender direkter Bezugnahme auf Russland und die Ukraine-Krise zeigt sich folglich, dass die NATO mit „Trident Juncture 2015“ durchaus ihre Macht gegenüber Russland demonstrieren und auch für eine mögliche Konfrontation mit Russland bereit sein möchte. Generalleutnant Roßmanith formuliert: „Wir demonstrieren Handlungsfähigkeit und damit Stärke. Wir beherrschen unser militärisches Handwerk. Wir senden auch die Botschaft aus: Die NATO ist das stärkste Militärbündnis der Welt. Von Trident Juncture gehen unmissverständliche Signale der Handlungsfähigkeit, Reaktionsfähigkeit und des Zusammenhalts des Bündnisses aus. Und die wichtigste Botschaft lautet: Jeder sollte sich gut überlegen, wie er mit uns umgeht.“ Die Bundeswehr mischt ganz vorne mit: Derzeit sind noch ca. 2.500 Soldaten der Bundeswehr im Auslandseinsatz. Der Inspekteur des Heeres General Bruno Kasdorf schätze jedoch, dass mehr als 5200 deutsche Soldaten im Lauf dieses Jahres ihren Dienst in einem der neuen osteuropäischen Nato-Staaten tun werden. Tobias Pflüger stellt fest, dass weder die dauerhaften Stationierungen der NATO noch die große Anzahl von NATO-Manövern in der Nähe der russischen Grenze dem Frieden dienen.

Im übrigen ist seine Liste der Manöver noch nicht einmal vollständig.

In der UZ vom Freitag, 21. August, zitiert Nina Hager eine weitere Analyse, nach der die Manöver der NATO und die Russlands zunehmen. Im Mai gab es eine zweiwöchige NATO-Luftwaffenübung am Polarkreis mit 100 Flugzeugen und 4000 Soldaten. Ihr antwortete Russland mit einer Übung am Ural und in Westsibirien, für die 250 Flugzeuge und 12000 Soldaten mobilisiert wurden. Am 31. August begann das NATO-Marinemanöver „Sea Breeze“ im Schwarzen Meer. Die russische Antwort heißt „Center“. Derartige Aktivitäten zählt ein Dossier des „European Leadership Network“ (ELN, Sitz London) auf. Die NATO nahm dazu Stellung und behauptete, dass die Analyse in irreführender Weise NATO-Manöver mit denen Russlands gleichsetzen würde. Das ELN stellt aber fest, dass beide Seiten mit Blick auf die Fähigkeiten der jeweils anderen Seite und vermutlich sogar mit Kriegsszenarien im Hinterkopf trainierten.

Ende Juni hatten die NATO-Verteidigungsminister die Aufstockung der Eingreiftruppe NATO Response Force (NRF) von 13 000 auf 40 000 Mann beschlossen. So nennen sie ihre gegen Russland gerichtete Speerspitze mit geplanten 5000 Soldaten, die derzeit von der Bundesrepublik und den Niederlanden geführt wird. Bisher sind es 2700 deutsche Soldaten, die in kürzester Zeit in jeder europäischen Konfliktregion zum Einsatz kommen sollen. Die luftgestützte Steuerung erfolgt von Kalkar/Uedem aus. In der Von-Seydlitz-Kaserne in Kalkar ist außerdem das multinationale Joint Air Power Competence Centre (JAPCC) untergebracht, eine Denkfabrik, in der die Militärs Pläne zur Kriegführung mit konventionellen Waffen und mit Atomwaffen entwickeln. Auf der letztjährigen Tagung des JAPCC wurde ein großer Krieg in Europa für möglich und durchführbar erklärt.

Auch auf der NATO-Beratung Ende Juni ging es um die „Anpassung“ der NATO-Nuklearstrategie. Vorsehend hatte drei Wochen vorher Poroschenko ein Gesetz verabschieden lassen, das „die Bedingungen der Streitkräfte anderer Staaten auf dem Territorium der Ukraine“ regelt. In Artikel 4 heißt es: „Potentielle Träger von Kernwaffen und anderen Arten von Massenvernichtungswaffen werden nach internationalen Abkommen der Ukraine für eine Stationierung auf Zeit in der Ukraine erlaubt, sofern die geeignete Steuerung hinsichtlich der Stationierung auf dem Territorium der

Ukraine durch die Ukraine selbst gesichert ist.“ (nach Ralph Hartmann im „Ossietsyky“ 16/2015)

Das sind die Gründe, aus denen wir für den 3. Oktober zu einer Demonstration und einer Menschenkette gegen die NATO-Kommando-Zentrale aufrufen.

Der kommenden PV-Tagung liegt ein Antrag von Marion Köster vor, in dem um Unterstützung der Aktionen gegen die Konferenz des JAPCC gebeten wird, die vom 23. bis 25. November in Essen stattfinden soll. Ich gehe davon aus, dass der PV diesem Antrag folgen und zur zentralen Demonstration am 21. November aufrufen wird.

Klaus, 8. September 2015